

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der bessere Alltag“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbeilage“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abt.: Zeitung.

Die Millimeter-Anzeigen-Zeile kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig. Die Millimeter-Anzeigen-Zeile kostet bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Für Anzeigen im Textteil beträgt bei 90 mm Spaltenbreite der ab 1. Januar 1934 gültigen Preiskurs Nr. 1. Anzeigenannahme am Erscheinungstag bis 9 Uhr vormittags.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer

Sonntag den 3. Juni 1934

27. Jahrgang.

Nr. 66

Unterbrechung der Abrüstungsberatungen

Ablehnung des Litwinow-Vorschlags durch den polnischen Außenminister Bed

Nach der Transferkonferenz

Wirtschaft der Woche.

Mit dem Angebot der Reichsbank und den bekannten Erfahrungen der Gläubigerstaaten hat die Transferkonferenz in Berlin ihren Abschluss gefunden. Trotzdem das Konferenzergebnis nur eine nicht durchweg befriedigende Übergangs-Lösung bedeutet, hat es doch für Deutschland manches Positive gebracht. So sind sich die Gläubiger darüber klargeworden, daß das Problem der deutschen Auslandsschuldener nicht ein Problem der Zahlungsunfähigkeit der Schuldner ist, sondern daß die Schwierigkeiten hauptsächlich auf dem Transfergebiet liegen. Sehr wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, daß die im Ausland verbreitete Ansicht, daß Deutschland unrichtige Zahlenangaben mache, von den Vertretern der ausländischen Gläubiger als völlig unzutreffend anerkannt wurde. Im Gegenteil, es ist einmütig von ihnen erklärt worden, daß die Zahlenangaben der Reichsbank stimmen. Außerst wichtig ist auch, daß das System der Förderung der zusätzlichen Exporte durch Rückkauf von Auslandsanleihen als eine notwendige Maßnahme zur Befriedigung zusätzlicher Devisen bestätigt worden ist und nach Meinung unserer Gläubiger beibehalten werden soll. Die schwierige Transferlage kann eben nur dadurch behoben werden, daß der Devisenzufuß gesteigert wird. Eine solche Steigerung bedingt jedoch eine Zunahme des Exportes deutscher Waren, so daß tatsächlich die Förderung der Ausfuhr als eines der wichtigsten Ziele deutscher Wirtschaftspolitik erscheint. An dieser Hinsicht ist ein vielversprechendes Projekt bemerkenswert, das die Ueberführung der seit Jahren im Ausland lebenden Kaufleute und Ingenieure in deutsche Dienste zum Ziele hat. Diese wegen ihrer Sachkenntnis im Export der deutschen Volkswirtschaft zurückgewonnen, ist die Aufgabe des Projektes. Neben der Förderung der Ausfuhr ist gerade im Hinblick auf die Devisenlage auch die Einschränkung bestimmter Einfuhren notwendig, wobei besonders die Befriedigung zusätzlicher inländischer Rohstoffe eine große Rolle spielt. Darum sind diese Bestrebungen im Gange, auf den verschiedenen Gebieten die Verwendung inländischer Rohstoffe zu fördern. In diesem Zusammenhang sei auf die Ausführungen bezüglich der Ausstellung Alhema in Köln hingewiesen. Außerdem hat sich die technisch-wirtschaftliche Veranstaltung auch noch als ein wirtschaftlicher Erfolg erwiesen. Besonders von Seiten des Auslandes sind namhafte Aufträge erteilt worden.

Ein erfreuliches Bild zeigt die Entwicklung der Reichseinnahmen im April 1934. Sie betragen insgesamt 598,4 Millionen RM gegenüber 488,4 Millionen RM im April 1933. Diese starke Steigerung ist ein untrügliches Zeichen der echten Wirtschaftsbelebung und bietet zugleich die Sicherheit, daß unter Staatshaushalt in diesem Jahre in Ordnung gehalten werden kann. Ein bedeutender Schritt zur Gesundung des deutschen Rentenmarktes ist der vom Reichsministerium ausgegebene Umtausch der Anleihe des Deutschen Reiches von 1929 und der Neubekanntmachung für eine neue 4prozentige Reichsanleihe für 1934. Besonders der Umtausch der Neubekanntmachung ist eine Maßnahme, die in vielen Kreisen der deutschen Rentenbesitzer Beifall findet und damit Zufriedenheit schafft. Das steigende Vertrauen zeigt sich auch in der weiteren Zunahme der Sparkasseneinlagen bei den deutschen Sparkassen im Monat April. Der Einzahlungslüberschuß beträgt 61,6 Millionen RM und ist um 12,5 Millionen RM höher als im März 1934.

Ein markantes Ereignis in der Geschichte des deutschen Bauernums im Dritten Reich ist die Gründung der Reichsanleihe für den Bau und die Erhaltung der Bauernhöfe. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die enge Verbundenheit zwischen Landbau und Technik. Hat man in früheren Zeiten häufig Landbau und Technik getrennt, so sind heute diese beiden Wirtschaftszweige so eng miteinander verbunden, daß man heute feststellen kann, daß der neue Deutschland diese Kluft ein für allemal geschlossen ist. In gemeinschaftlicher Zusammenarbeit wollen die Leistungen des Volkes gesteigert werden und ihre gegenseitige Hilfsbereitschaft befördern. Die Notwendigkeit liegt engen Verbundenheit wird heute, wo unserer Ausfuhr wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten bereitet werden, jedem Deutschen besonders klar werden. So knüpft die Reichsanleihe für den Bau und die Erhaltung der Bauernhöfe an das alte Wort von „Flug und Schraufloch“ an, daß der Bauernhof der Mittelpunkt der deutschen Bauernschaft ist. Die beiden großen Aufgaben des deutschen Bauernums sind, nämlich die Erhaltung der ökonomischen Existenz und die Ernährung des deutschen Volkes auszuführen. Bauer und Landarbeiter keine Handwerker, sondern angeordnete Arbeiter. Der Bauer und Landarbeiter hat daher das Recht auf den höchsten Schutz des Staates, der sich nicht in der gleichen Arbeitszeit und in dem gleichen Lohn fordern in der Unmöglichkeit des Arbeitsplatzes zeigt.

Krise auf dem Höhepunkt

Henderson fordert Vertagung bis Dienstag.

Zu Beginn der Freitag-Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz gab Präsident Henderson eine Erklärung ab, in der er auf die äußerst kritische Lage der Konferenz hinwies und vorschlug, nach Anhörung der drei noch auf seiner Liste stehenden Redner die Aussprache bis zum Dienstag nächster Woche zu unterbrechen, damit in der Zwischenzeit eine Einigungsmöglichkeit gefunden werde.

Henderson führte aus, er glaube, daß die gegenwärtige Lage der Konferenz bedenklicher sei als jemals seit Beginn der Konferenz. Die Schwierigkeiten könnten nicht dadurch überwunden werden, daß man hier zusammenkomme und lediglich Reden halte. Die bisherigen Reden hätten bereits weitgehende Meinungsverschiedenheiten ergeben. Am Montagnachtsamstag solle das Konferenzpräsidium zusammentreten, nachdem die Mitglieder des Hauptausschusses während des ganzen Wochenendes Zeit zum Überdenken der Lage gehabt hätten. Er hoffe, daß es dann möglich sei, einen Weg zu finden, auf dem man vorwärtskomme. Es sei wohl kein Delegierter hier, der nicht wünsche, daß die Konferenz einen vollen Erfolg bringe. Aber dazu sei es notwendig, daß man in den einzelnen Punkten gegenseitig nachgebe, daß man sich verständige und diese Verständigung in die Form eines Abkommens bringe.

Wen gegen Rußlands Vorschlag

Danach ergreift der polnische Außenminister Bed das Wort zu seiner bereits seit Tagen angekündigten Rede.

Außenminister Bed wies einleitend darauf hin, daß die direkten Verhandlungen zwischen einer beschränkten Zahl von Mächten außerhalb des Organismus der Abrüstungskonferenz Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen Mächten offenlegen könnten, die innerhalb der Konferenz einen Konsensus herbeiführen hätten, den niemand beschreiben könne. „Die polnische Regierung“, so fuhr der Redner fort, „hat an diesem Gedankenaustrausch nicht teilgenommen und kann sich daher auch in keiner Weise gebunden fühlen durch die Lösungen, die in dieser oder jener Phase der Verhandlungen vorgehoben worden sind. Es wäre daher auch schwierig für mich, in eine genauere Analyse dieser Besprechungen einzutreten, und ich will mich daher auf einen allgemeineren Standpunkt stellen. In der gegenwärtigen schwierigen Lage, in der wir uns befinden, ist es immerhin ein gewisser Trost, daß selbst dann, wenn die verschiedenen Regierungen sich bei ihren Besprechungen verständigt hätten, aber auf einer Grundlage, welche die Konferenz in ihrer Gesamtheit nicht hätte annehmen können, unsere Lage sogar noch schwieriger sein würde.“

Der polnische Außenminister ging dann zur Rede des russischen Vorschlags Litwinow über. Er erklärte das ernsthafte Bemühen Litwinows um die Sicherung des Friedens, anknüpfte daran aber nach folgender Bemerkung: „Herr Litwinow hat uns versichert, daß er, wenn er hier radikale Vorschläge unterbreite, doch keineswegs die Absicht habe, eine Reform des Völkerbundes vorzuschlagen, eines Bundes, dessen wichtigste Pflicht die Aufrechterhaltung des Friedens ist. Ich glaube jedoch, wenn ich ihn richtig verstanden habe, daß seine Vorschläge uns zwangsläufig auf diesen Weg führen werden. Dieser Weg kann an sich sehr interessant sein, und es ist sehr wahrscheinlich, daß wir uns eines Tages mit diesen Fragen beschäftigen müssen.“

Aber es ist schwerlich zu glauben, daß wir diese Konferenz damit beauftragen könnten, die schon an und für sich mit den größten Schwierigkeiten kämpft, um die begrenzten Aufgabe zu erfüllen, die ihr durch den Völkerbund aufgetragen worden ist.“

Dann fuhr Bed fort: „Mit Unruhe haben wir im Laufe unserer Arbeiten hier immer wieder die Tendenz beobachtet, unsere Debatte auf neue Gebiete auszuweichen, die sich immer mehr von denjenigen entfernen, auf die sich die Konferenz im Einklang mit ihrer Aufgabe eigentlich beschränken mußte. Nach unserer Meinung können wir konkrete Ergebnisse nur dann erreichen, wenn wir uns nach und nach mit den Problemen beschäftigen, die geeignet sind, die einstimmige Zustimmung aller Staaten zu finden.“

Zum Schluß gab Bed dann im Namen seiner Regierung eine kurze Erklärung ab, die besagt, daß Polen auf dem Gebiete der Verminderung und Begrenzung der Rüstungen alle Maßnahmen annehmen werde, die einen allgemeinen Charakter haben und die auf alle Staaten angewendet würden.

Sir John Simon will Genf verlassen

Die Abreise Sir John Simons aus Genf ist, wie von englischer Seite mitgeteilt wird, nunmehr endgültig beschlossene. Da dieser Entschluß unmittelbar nach einem vom französischen Außenminister Barthou für Sir John Simon veranstalteten Frühstück stattfand, wird, wurde vermutet,

daß eine englisch-französische Verständigung sich als unmöglich erwiesen hat.

Nur ganz neue Tatsachen könnten, so wurde unter der Hand erklärt, den Entschluß des englischen Außenministers noch rückgängig machen.

Eine belgische Warnung

„Frankreich muß sofort auf die Saar verzichten“

Die Brüsseler Tageszeitung „vingt-tième Siècle“ veröffentlicht einen äußerst freimütig geschriebenen Artikel zur Saarfrage, in dem das Blatt Frankreich davor warnt, durch seine unausgeglichenen Haltung einen neuen Unruheherd in Europa zu schaffen. Es appelliert an die französische Regierung, sich vor der Abstimmung, und zwar sofort, durch unmittelbare Verhandlungen mit Deutschland über die Saarfrage zu verständigen. Die Tatsache, daß die Saarländer im nächsten Jahre nahezu einmütig sich für Deutschland erklären werden, ist für das keinesfalls deutschfreundliche Blatt nicht zweifelhaft. Auch die sogenannte französische Lösung, d. h. die Beibehaltung des bisherigen Regimes, werde von den Saarländern bestimmt abgelehnt werden. Die Politiker und Journalisten, die heute noch eine gegenteilige Meinung verbreiten, würden eine schwere Verantwortung auf sich laden. Die Abstimmung werde ein großer Triumph für Deutschland sein und als eine Niederlage Frankreichs ausgelegt werden. Der Verfasser des Artikels sieht für die Zeit nach der Abstimmung eine schwerwiegende Störung der deutsch-französischen Beziehungen und eine weitere Beunruhigung Europas voraus, wenn keine Verständigung vor der Abstimmung zustande kommt. Er wendet sich jedoch mit folgenden Worten an Frankreich:

„Es ist unbedingt notwendig, und zwar sowohl im französischen wie ganz allgemein im europäischen Interesse, daß Frankreich mit Deutschland verhandelt, und zwar vor der Abstimmung, und sogar sofort, damit die überreizte Stimmung, die heute in Deutschland hinsichtlich der Saar besteht, ein Ende nimmt. Frankreich muß freiwillig und ohne länger zu warten, auf die Saar verzichten, es dazu in einem Jahre gezwungen wird. Deutschland ist bereit, ihm wirtschaftliche Zugeständnisse zu machen, wie mehrfach von deutschen maßgebenden Zeitungen versichert worden ist. Frankreich hat alles Interesse daran, sofort seine Saar-Allusion aufzugeben. Nach der Abstimmung wird Deutschland ihm die Vorteile, die es ihm heute geben will, verweigern.“

Die Volksabstimmung an der Saar steht bevor. Nicht nur jeder Abstimmungsberechtigte in Deutschland sondern jeder Deutsche schließt sich mit dieser Frage beschäftigen und sich über die einschlägigen Bestimmungen, aber auch über die allgemeinen Zustände im Saargebiet und das, was gerade jetzt dort vor sich geht, unterrichten. Als fortlaufendes Mittel zur Aufklärung ist die schon im Jahre 1920 von Verwaltungsdirektor Vogel gegründete und von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Stresemannstr. 42, herausgegebene Halbmonatsschrift „Saar-Freund“ in hervorragendem Maße geeignet. Bezugspreis monatlich 50 Pfg. Bestellungen nimmt jede deutsche Postanstalt entgegen.

Die Dardanellenfrage

England hat Bedenken.

Genf, 2. Juni.

Der englische Außenminister Sir John Simon hat mit dem türkischen Außenminister Tewfik Rüşdi bei ausführlicher Über die Dardanellenfrage verhandelt.

Von türkischer Seite war die Frage der Wiederbefestigung der Meerengen, die durch den Lausanner Vertrag entmilitarisiert worden sind, schon früher auf der Abrüstungskonferenz angesprochen worden, und man hatte für diese Tagung des Hauptausschusses einen neuen türkischen Vorschlag angekündigt. Sir John Simon hat, wie verlautet, seine Bedenken gegen die Aufrüstung dieser Frage ausgesprochen und sich dabei auf den Standpunkt gestellt, daß der Lausanner Vertrag durch freie Verhandlungen aufzuheben gekommen sei und deshalb nicht im gleichen Sinne wie die anderen Friedensverträge Gegenstand eines Revisionsbegriffens sein könne.

Venezuela ehrt Hindenburg

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Gesandten der Vereinigten Staaten von Venezuela Dr. Daguito Penn, der ihm im Namen des Präsidenten General Gomez als höchste Auszeichnung seines Landes die Kette des Ordens des Befreiers überreichte.

Diese Ehrung ist der Dank für die seitens des Reichspräsidenten erfolgte Verleihung eines Ehrenbogens anlässlich des 25jährigen Regierungsjubiläums des Präsidenten von Venezuela.

Die nationalsozialistische Propaganda

Ihr Wesen und Aufbau.

Von Dr. Joseph Goebbels.

Jede politische Propaganda ist eine politische Staats-Deutung. Der Nationalsozialismus als Staatsidee betrachtet den Staat als eine organisatorisch erstellte Gemeinschaft blutsverwandter Menschen. Sein Ziel ist, die rassemäßig bedingte Kulturaufgabe des Staatsvolkes auf der Grundlage eines Gesellschafts- und Wirtschaftslebens zu erfüllen, das nach dem Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ geordnet ist. In Verfolg dieser politischen Staatsauffassung bekommt der Begriff der Propaganda Inhalt und ist insofern, politische Werte zu schaffen.

Die nationalsozialistische Propagandamethode, die in der Hauptaufgabe von der Propaganda der „Alte Propaganda“ der Reichspropagandaleitung der NSDAP. entwickelt wurden, sind zum großen Teil von den technischen Erfindungen der Neuzeit bestimmt. Rundfunk, Presse und Film geben der Propaganda ihr Gepräge. Aber — wie die Nationalsozialisten diese technischen Erfindungen in den Dienst der Propaganda stellt, das war und ist eben das Neue und Einzigartige in der nationalsozialistischen Propagandamethode.

Mit Übernahme der politischen Macht erfolgte sofort widerstandslos die Umorganisation des Rundfunks. Als zuverlässiges Propagandamittel wurde es ein für allemal fest in der Partei verankert. Jede Parteigruppe, vom Gau herunter über die Kreise bis in die letzte Ortsgruppe hinein, ist für die propagandistischen Unternehmungen der Bewegung, die mit den Mitteln des Rundfunks durchgeführt werden sollen, bereit. Von der Abteilung „Rundfunk“ wird eine dauernde Kontrolle des gesamten deutschen Rundfunkwesens ausgeübt, um die technische und kulturelle Entfaltung des Rundfunkwesens nach nationalsozialistischen Grundsätzen immer weiter zu fördern. Insbesondere gilt es jetzt, die lebendige Verbindung des Rundfunks mit dem deutschen Volk auszugestalten, das bisher noch verhältnismäßig niedrig (nur 6 Prozent der Gesamtbevölkerung) am Rundfunk beteiligt ist.

Die Abteilung „Pressepropaganda“, die in Verbindung mit der Reichspressestelle der NSDAP. arbeitet, hat die Aufgabe, bei größeren Propagandaaktionen die deutsche Presse als Propagandainstrument voll einzusetzen. Die Zeitungen — und darüber hinaus die Fach- und Vereinspresse — sind Propagandamittel, die trotz des Rundfunks an Wert kaum eingebüßt haben. Die Zeitung hat nicht die Nachteile des Flugblattes und der Broschüre, die sich nur in strenger Form an den Leser wenden und ausschließlich das zur Debatte stehende Thema behandeln. Neben politischen Beiträgen und kurzen Aufsätzen, die für die politische Interessierten geschrieben sind, gibt es kein Wissen- und Interessengebiet, von dem man nicht Artikel herleiten könnte, die nicht in den Schlagzeilen direkt oder indirekt propagandistisch wirken. Von hoher Bedeutung sind Schlagzeilen und Ausprägung bekannter Persönlichkeiten, die im Text verstreut dem Leser ins Auge fallen und ihn langsam beeinflussen und allmählich umstellen.

Die Abteilung „Film“ befaßt sich bis zur Machtübernahme lediglich mit der Reichspropaganda. Erst das Jahr 1933 brachte den systematischen Aufbau der Landesfilmstellen. Der Kreisfilmrat ist der eigentliche Träger der Propagandataätigkeit. Er bildet den organisatorischen Mittelpunkt in seinem Gebiet, in dem er die Verbindung mit den Lichtspieltheatern und den Filmorganisationen aufrechterhält. Die Zahl der Gau-, Kreis- und Ortsgruppenfilmräte beträgt zurzeit etwa 3000. Es werden monatlich durchschnittlich 6000 Veranlassungen durchgeführt, durch die etwa 1½ Millionen Menschen erreicht werden. Neue Aufgabengebiete werden sich in Zukunft erschließen. So wird nach kürzlich getroffener Vereinbarung mit dem Leiter des Kulturamtes, „Kraft durch Freude“ in Zusammenarbeit mit den Gaukulturwerken die gesamte „Deutsche Arbeitsfront“ systematisch mit Filmvorführungen bedacht werden.

Die Abteilung „Volksbildung“ ist aus der ursprünglich gebildeten Abteilung „Kasse und Kultur“ hervorgegangen. Vor der Machtübergabe war es ihre Aufgabe, innerhalb der NSDAP. Verständnis und Bereitschaft zur Mitarbeit für die deutsche Kultur zu erwecken und die Kulturaufnahme der Partei allerorts im politischen Kampf

durchzuführen. Heute gilt es, die Voraussetzungen für die Entfaltung einer hohen, dem Deutschen angemessenen Kultur zu schaffen. Die von der „Deutschen Arbeitsfront“ in Angriff genommene Erschaffung großer Massen am Feierabend soll durch in der Partei zu bildende Kreislagen der „Feierabendgruppen“ gelebt werden.

Die nationalsozialistische Propaganda hat es verstanden, neuen Glauben, neue Hoffnung und Zuversicht zu erwecken. Das Ziel nationalsozialistischer Propaganda ist niemals Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Sie vertritt die operetrende Fingabe, das einzelnen an das hohe ethische Ziel des nationalsozialistischen Staates nach dem Grundsatz: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“!

Kampf gegen Kritiker und Nörgler

Rede Dr. Frids in Dresden.

Mit einer Rientendebatte wurde auf der Algenkampfsaah in Dresden der von der Reichsregierung proklamier- Kamp gegen die Wiesmacher und Kritiker eröffnet. Die Hauptrede hielt Reichsminister Dr. Frid. Das große Geheimnis der Staatskunst Adolf Hitlers, so führte er aus, bestehe darin, daß sein ganzes Denken und Handeln beherrscht werde von dem Bewußtsein, alles mit dem Volk, durch das Volk, für das Volk. Es ist ihm, so fuhr der Minister fort, daß die Schreiber der Emigrantenpresse in den letzten Tagen nicht in Dresden waren und erleben konnten, wie das Volk dem Führer Anhänglichkeit und Treue bewies. Es gibt auch bei uns Leute, die niemals zufriedenzustellen sind, weil sie nicht bereit sind, positiv mitzuarbeiten. Aber diese Schädlinge werden mir ausmerzen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß wir jede Kritik ablehnen. Wir sind im Gegenteil dankbar für jede Kritik, die helfend und aufbauend wirken will. Selbst unsere Gegner werden zugeben müssen, daß wir unter der Regierung Hitler das Mögliche getan haben, um die Verhältnisse zu bessern.

Der Minister ging dann auf verschiedene Probleme ein, die Nörgler und Wiesmacher Gesprächsstoff gegeben haben. Wenn man uns vorwirft, so erklärte Dr. Frid, daß wir, um die Arbeitsbeschaffung zu ermöglichen, Wechsel auf die Zukunft zögen, so ist zu sagen, daß es weit besser ist, mit dem Geld arbeitssuchende Volksgenossen wieder in Arbeit und Brot zu bringen, statt sie spazieren gehen zu lassen.

Die Schwierigkeiten, die im Handel mit dem Ausland entstanden seien, mühten und würden überwunden werden, ebenso die Streitigkeiten, die wegen der kirchlichen Verhältnisse entstanden seien. Die katholischen Jugendorganisationen könnten bestehen bleiben, aber sie mühten sich auf das religiöse Moment beschränken. Letztendlich bleibe die Tatsache, daß Staat und Partei eins seien.

Der Minister stellte sich im weiteren Verlauf seiner Rede schärfend vor das Berufsbeamtentum und erklärte das Leistungsprinzip als obersten Grundsatz.

Zur Außenpolitik übergehend lehnte der Minister die Rückkehr nach Genf ohne die rückhaltlose Gleichberechtigung Deutschlands ab, in der Saarfrage gebe es keine Konzessionen. Dr. Frid schloß mit einem begeisterten aufgenommenen „Siege-Heil“ auf den Führer. Den Abschied der impotenten Kundgebung bildeten das gemeinsam gesungene Deutschland- und Horst-Wessel-Lied.

Deutschland und der Vatikan

Aufhebung der diplomatischen Sondervertretungen.

Mitteil wird mitgeteilt:

Nachdem durch das Gesetz über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übergegangen sind, ist auch das Sonderprivileg, das ihnen nach der Reichsverfassung vom 11. August 1919 für den Verkehr mit dem Heiligen Stuhl noch verblieben war, erloschen. Damit entfällt die rechtliche Grundlage für die fernere Aufrechterhaltung der diplomatischen Sondervertretung Preußens und Bayerns beim Heiligen Stuhl.

Die Reichsregierung hat daher mit Wirkung vom 31. Mai d. J. die Botschaften Deutschlands beim Heiligen Stuhl aufgehoben und die Sonderbeglaubigung des Deutschen Botschafters beim Heiligen Stuhl als Botschafter Preußens zum gleichen Zeitpunkt zurückgezogen. Das Deutsche Reich wird demnach, seiner Vereinheitlichung entsprechend, künftig auch beim Heiligen Stuhl ausschließlich durch seinen Botschafter vertreten sein.

überholte ihn und wartete, wo der Weg nach Jettendach einbog, bis er nachgekommen war. „Soll ich Sie nach Hause bringen, Baron?“ Sie mühte sich zusammenzunehmen, ihrer Sprache einen unverständlichen, gleichgültigen Ton zu geben. „Das Gehen auf der staubigen Straße macht müde.“

In seinem Gesicht erschien ein belustigtes Lächeln. „Woher wissen Sie denn, daß das Gehen müde macht? — Sie fahren doch!“

Sie errödete. Ungewollt schossen ihr die Tränen in die Augen, nichts traf sie so bitter, wie Spott. Die Hände um das Steuerband geklammert, neigte sie das Gesicht etwas weiter herab, um seinem Blick zu entgehen und sehte, den Fuß wieder auf den Pedal drückend, den Motor in Gang.

Im selben Augenblick stand er neben ihr auf dem Trittbrett. „Sie wollten mich doch nach Hause bringen, Fräulein Steffiel!“

„Nein, nicht mehr.“

„Nicht?“

„Nein!“

„Schade!“ Der Wagen schob bereits vorwärts, Merlin setzte zum Sprünge an, glitt aus und schlug schwer gegen eine der Räder, die den Waldbweg säumten.

Im Nu kroch Stephanie, daß die Räder sich in Drehung gaben, die der Wagen bedrückt. Im Laufschritt hegte sie die zwanzig Meter nach der Stelle zurück, wo Hans-Jörg lag. Sein Gesicht war etwas verzogen. Aber er blickte die Zähne aufeinander und zeigte ein Lächeln. „Nun müssen Sie mich doch nach Hause bringen, Fräulein Steffiel. Jemand anders hat da geknallt. Es ist im rechten Fuß. Vielleicht haben Sie zum Wagen zurück. Ich werde schon nachhumpeln.“

Sie stand weiß bis in die Rippen und sah ratlos auf ihn nieder. „Darf ich nachhaken, wo es fehlt?“

„Ich habe schon gesagt! Es ist der rechte Fuß.“ wehrte er ungeduldig. „Aber bis zum Wagen geht's noch. Vielleicht mache ich ein bißchen Platz, bis das erste Schmerzgefühl vorüber ist. Wollen Sie sich nicht zu mir setzen?“ Es ist so viel Platz im Moos.“ Trotz der Schide, die ihn bis zum Schenkel hinauf durchzuckten, konnte er es nicht lassen, eine leise Ironie in seine Stimme zu legen.

4prozentige Anleihe von 1934

Öffentliche Zeichnung vom 8. bis 21. Juni.

Das Reichsfinanzministerium hat sich entschieden, den Inhabern der am 1. Juli 1934 zur Rückzahlung gelangten 7% (6%) Anleihe des Deutschen Reiches von 1925 im Umlauf anzubieten: 4% Anleihe des Deutschen Reiches von 1934 mit veränderlichem Zinsschein (variabler Coupon) im Ausmaß von 95 %, fligbar in 10 Jahren ab 1. Juli 1934 jährlich in Höhe von 10 vom Hundert des ursprünglichen Nominalbetrages. Die Tilgung der Anleihe erfolgt in 10 Jahren in 10 gleichmäßigen Raten, die jeweils am 1. Juli jedes Jahres fällig sind. Die Tilgung der Anleihe erfolgt in 10 Jahren in 10 gleichmäßigen Raten, die jeweils am 1. Juli jedes Jahres fällig sind. Die Tilgung der Anleihe erfolgt in 10 Jahren in 10 gleichmäßigen Raten, die jeweils am 1. Juli jedes Jahres fällig sind.

Die bei der Tilgung durch Rückkauf unter dem Marktwert erzielte Ersparnis, d. h. die Differenz zwischen dem Marktwert und dem Kurs von 100, kommt den Inhabern der Anleihe als Erhöhung der laufenden Verzinsung zugute und zählt. Die Gesamtgröße des zulässigen Zinsbetrages beträgt mindestens 14 Tage vorher.

Den Umlaufenden wird die Kauspasse von 100 bis zum 1. Juli 1934 zum Marktwert von 100, 1000, 5000, 10000 und 20000 Mark ausgestellt.

Zugleich soll diese 4% Anleihe von 1934 zur öffentlichen Zeichnung

unter folgenden Bedingungen aufgelegt werden:

Die Zeichnungen und die Anmeldungen zum Umlauf werden in der Zeit vom 8. bis 21. Juni entgegengenommen. Der Zeichnungspreis beträgt ebenfalls 95 % unter Verrechnung von Stückzinsen. Die 4% Anleihe von 1934 wird in 10 Abteilungen zu 100, 200, 500, 1000, 5000, 10000 und 20000 Mark ausgeteilt.

Der Zinsfuß der neuen Anleihe beginnt am 1. Juli 1934. Die Zinsen werden halbjährlich am 2. Januar und 1. Juli jedes Jahres gezahlt, erstmalig am 2. Januar 1935. Die erste Zinszahlung wird mit dem am 1. Juli 1934 fälligen Zinsschein ausgeteilt.

Ueber die Bezahlung der zugeteilten Stücke folgt nach nähere Mitteilung.

Zum Aufbau der Arbeitsfront

Zusammenarbeit zwischen NSDAP. und Berufsverbänden.

Das Zentralbüro der Deutschen Arbeitsfront teilt mit: „Um den Aufbau der DAF, wie er im Dienstbuch (Organisationsplan) der Deutschen Arbeitsfront vorgezeichnet ist, reibungslos zu garantieren und um die großen Werte (Versicherungen, Krankentafeln usw.) die bei den alten Verbänden vorhanden sind, zu sichern wird angeordnet, daß die Dienststellenleiter der NSDAP. die in Personalunion die Dienststellen der DAF aufbauen, die Pflicht haben, mit den Leitern der Dienststellen der alten Verbände, insbesondere der Reichsberufsgruppen bei den Angestellten, in tamerabschließender Weise zusammenzuarbeiten.“

Dieier Aufbau der Deutschen Arbeitsfront geschieht allmählich. Der Einzug der Beiträge erfolgt so lange durch die bisher bestehenden Organisationen, bis der Neuaufbau der DAF vollzogen und vom Führer der Deutschen Arbeitsfront der Einzug der Beiträge durch die neuen Dienststellen angeordnet wird. Jegliche Art von Eingriffen in die Dienststellen der alten Verbände, insbesondere Befehle von Geschäftsstellen der Reichsberufsgruppen der Angestellten, hat zu unterbleiben und ist strengstens verboten. Dies um so mehr, weil der Dienstbetrieb dieser Dienststellen zur Vermeidung von wirtschaftlichen Schäden aufrechtzuerhalten werden muß.

Ueber die Umorganisation der wirtschaftlichen Sozialen Einrichtungen bei den Reichsberufsgruppen der Angestellten ergeben alle Befehle vom Führer der DAF über den Führer der Reichsberufsgruppen der Angestellten. Der Aufbau der Reichsberufsgruppen der DAF der nunmehr tatkräftig in Angriff genommen wird. Ist dem 24. 7. 1934 übertragen. Dieser Aufbau der Reichsberufsgruppen richtet sich nicht nur auf die Mitglieder der Angestellten, sondern auf alle Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront. Die DAF ist untergeordnet vom Stellvertreter des Führers, h. e. h., vom Stabsleiter der DAF und Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. L. e. g. und dem Führer der Reichsberufsgruppen in der DAF. 3. 0. r. i. e. r.

Die Siegerin

Roman von J. Schneider-Foerkst.

URHEBER-RECHTSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(9. Fortsetzung.)

Jörg ließ sich vom Sims herab und kam langsam auf ihn zu. „Wir wollen schlafen gehen, Vater. Ich ver- spreche dir, daß ich sie mir noch einmal ansehen will. Ja?“ — Er küßte den alten Herrn und nickte ihm er- munternd zu.

Merlins Besuch auf Jettendach, den er schon am übernächsten Tage erlebte, verlief ergebnislos. Die Herrschaften hatten einen größeren Ausflug gemacht und wurden erst gegen Abend zurück erwartet. Der Wid Frau Marias, der mehr als einmal feindselig auf ihm gerichtet hatte, gab ihm nun nachträglich zu denken. Wie sie bereits um seines Vaters Willens? — Dann war es schließlich, daß sie ihre Tochter vor ihm hüllte. Nun reizte es ihn erst. Er würde die kleine stellen, sowie sich Gelegenheit bot.

Dehne, der sich ihm angeschlossen hatte, erhielt mit ein paar kurzen Worten Kenntnis davon. „Liebt du sie?“ fragte er forschend.

Es kam keine Antwort. Jörgs Pferd trabte gemäch- lich unter dem Schatten der Bäume dahin. „Es genügt vollkommen, wenn sie mich liebt“, sagte er nach einer Weile und schlug mit der Spitze der Peitsche nach den Zweigen, die in sein Gesicht streiften.

Am Nachmittag hat Stephanie den Enten mit ihrem Wagen zur Bahn gebracht, da er dringend in München zu tun hatte. Auf dem Heimweg sah sie etwa hundert Meter vor sich Hans-Jörg Merlins die Chauffee entlangwandern. Er zog mit seinem Stod Ringel und streifte in den Staub und schien es überhaupt nicht sonderlich eilig zu haben. Sie maßigte das Tempo,

Aber Stephanie merkte es gar nicht. Sie sah nur, daß er litt und wie er unwillkürlich nach der Stra- ßenfalte, auf der Schweifstropfen glitzerten. Sie kniete nieder und streifte ihm mit behutamen Fingern Schuh und Strumpf ab. Ihre Hand umspannte seinen Knöchel, der unförmig anzuschwellen begann. Dann riß sie die unförmige Wunde des feuchten Moores heraus und band es mit ihrem Taschentuch als kühnste Kom- presse fest.

Als sie aufhieb, begegnete sie seinem Blick. Sie schellte einpor und suchte mit ihren Augen ihm auszuweichen. Der Wald lag im stillen Frieden. Eine Giedsche lag wandernd auf einem bemooften Stein und konnte im letzten Strahl, der durch die Wipfel fiel. Ein Rindvieh, und eine Drossel flötete hoch oben ihr schäntes Lied.

Das Mädchen nahm sich zusammen, wandte Merlins wieder den Blick zu. „Können Sie jetzt zum Wagen kommen, Baron?“

„Können wohl — aber ich will nicht!“

„Was dann?“ fragte sie verwundert.

„Hierbleiben!“ — Mit Ihnen hierbleiben, Stephanie!

Sie wich einen Schritt zurück, als er sich aufrichtete, beide Arme nach ihr ausstreckte. Ihr war, als hing eine übernatürliche Kraft von ihm aus, die ihren Willen völlig ausschaltete. Wollig lag sie an seiner Brust wie damals, als er sie aus dem Wald nach Hause trug.

Sie verpirpte das heftige Bogen seines Perens und den Druck seiner Finger, die ihr Gesicht fester an sich preßten. „Bist du mir gut?“ fragte er leise.

Sie sah nicht auf, hielt die Lider transporthat geflossen und suchte vergeblich das Jucken der Wippen zu messern.

„Sag, Stephanie!“ forderte er.

Sein Atem fuhr heiß über ihr Haar, dann bog er unwiderstehliche Kraft ihr den Kopf zurück und ein Lippenpaar suchte nach dem ihren. Sie schloßte, seinen verwundeten Fuß Schanden zu bringen und wollte sich aufrichten, aber seine Arme hielten sie zurück. „Du bist so leicht!“ — „Ich wäre dich laun!“ — Und als sie das Ge- sicht an seiner Schulter barg, strich er ihr das Haar über und ließ die Hand auf ihrer Wange ruhen. (Fortsetzung folgt.)
